



Nr. 76 / 13.12.2017

Alexander HOFFMANN *informiert*

DER NEWSLETTER DES WAHLKREISABGEORDNETEN FÜR MAIN-SPESSART UND MILTENBERG

Schwierige Regierungsbildung: Verantwortung wahrnehmen!

Liebe Leserinnen, liebe Leser, in dieser Woche haben die letzten drei Sitzungstage im Jahr 2017 stattgefunden. Wir haben die Fortsetzung der Bundeswehr-Auslandseinsätze beschlossen, über erste Anträge und Gesetzesentwürfe beraten und sie in den Hauptausschuss bzw. in die Fachausschüsse überwiesen, die im Januar eingesetzt und ihre Arbeit aufnehmen werden. Die Bundesregierung und auch der Deutsche Bundestag sind voll handlungsfähig. Gleichwohl gibt es rund drei Monate nach der Wahl noch immer keine neue Regierung. Das liegt natürlich auch an den gescheiterten „Jamaika“-Verhandlungen.

Noch immer wird gerätselt über die abgebrochenen Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU, FDP und Grünen. Ob wir wirklich kurz vor dem Durchbruch waren, kann ich nicht beurteilen. Allerdings hatten die Sondierer schon in zahlreichen Punkten Einigungen erzielt, die gut für unser Land gewesen wären. „Jamaika“ war und ist keine Wunschkonstellation. Aber bei der Bildung einer Regierung kommt es darauf an, dass sich alle Parteien ihrer Verantwortung bewusst werden und zuerst an das Land denken – und erst viel später an sich selbst.

Der Abbruch der Sondierungsgespräche war ein fatales Signal – und steigert die Politik(er)verdrossenheit der Menschen noch. Alle Sondierer haben kein gutes Erscheinungsbild abgegeben: Jamaika wurde vorschnell zerredet – so konnte kein

Vertrauen entstehen. Doch Vertrauen – man denke nur zurück an unseren verstorbenen Altbundeskanzler Helmut Kohl – ist, auch in der Politik, ein sehr wichtiges Gut.

Es gibt drei Möglichkeiten, wie es weitergehen könnte: eine Minderheitsregierung, erneut eine Große Koalition oder Neuwahlen. Alle drei Optionen sind nicht wirklich gut: Eine Minderheitsregierung ist nicht richtig handlungsfähig, schon gar nicht dauerhaft. Neuwahlen hätten – zumindest aktuellen Umfragen zufolge – ein ähnliches Ergebnis: Jamaika oder Große Koalition. Neuwahlen wären zudem ein Offenbarungseid. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat Recht, wenn er sagt: „Die Parteien haben sich in der Wahl am 24. September um die Verantwortung für Deutschland beworben – eine

Verantwortung, die man auch nach der Vorstellung des Grundgesetzes nicht einfach an die Wählerinnen und Wähler zurückgeben kann.“

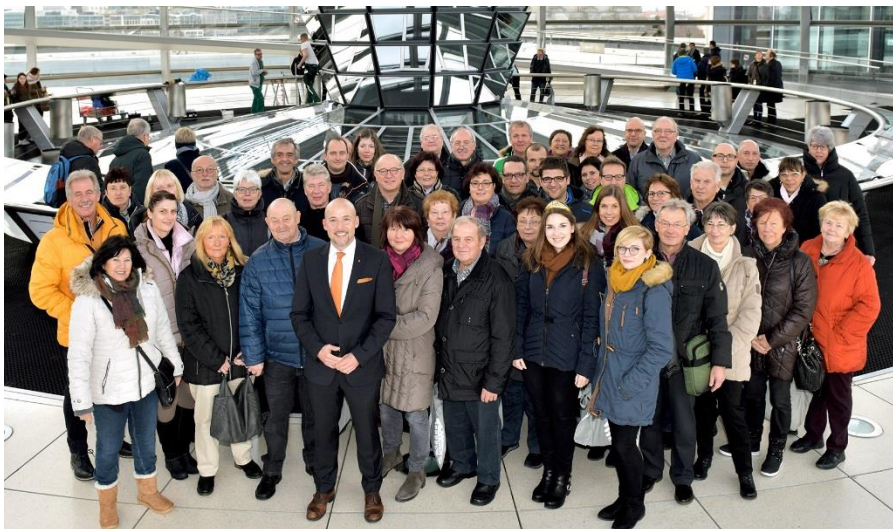
Ein Ball liegt daher nun wieder im Spielfeld der SPD. Die Sozialdemokraten können sich nicht einfach weiterhin ihrer demokratischen Verantwortung verweigern. Auch wenn Union und SPD schlechter abgeschnitten haben als erhofft, so haben sie zusammen eine klare parlamentarische Mehrheit – darauf kommt es an! Wenn die SPD wirklich eine wichtige politische Kraft bleiben will, dann ist sie jetzt am Zug. „Wer sich in Wahlen um politische Verantwortung bewirbt, der darf sich nicht drücken, wenn man sie in den Händen hält“, ermahnte Bundespräsident Steinmeier die Genossen. Für den Fall jedoch, dass die SPD mit völlig überzogenen Forderungen jeden Kompromiss unmöglich macht, schlage ich vor, dass Union und Grüne noch einmal auf die FDP zugehen. Wir sollten den Liberalen anbieten, die Sondierungen noch einmal neu zu

beginnen – und zwar zunächst ausschließlich auf Chef-Ebene, ohne zu kleinteilige und kleinkarierte Detailverhandlungen. Und wirklich unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Keiner der möglichen Koalitionspartner darf das Gefühl haben, ausgegrenzt oder zerrieben zu werden. Dann wird sich herausstellen, dass es sehr wohl möglich ist, sich trotz große Unterschiede einig zu werden.

Ich erwarte mir deutlich mehr Kompromissbereitschaft bei allen Parteien – das erwarten schließlich auch die Bürgerinnen und Bürger von der Politik. Das sieht auch unser neuer Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble so: „Es braucht das Verständnis – auch in der Öffentlichkeit – für die Komplexität der Aufgabe, die Vielzahl von Interessen, Meinungen und Befindlichkeiten mit den Begrenztheiten und der Endlichkeit der Realität zusammenzubringen, und die Einsicht, dass uns das zu Kompromissen zwingt und zu Entscheidungen durch Mehrheit.“

Ehrenamtlich Engagierte zu Gast im vorweihnachtlichen Berlin

In der zurückliegenden Woche hatte ich erneut eine Gruppe ehrenamtlich engagierter sowie politisch interessierter Bürgerinnen und Bürgern aus dem Wahlkreis ins vorweihnachtliche Berlin eingeladen – um Danke zu sagen. Zu den Höhepunkten der viertägigen Informationsfahrt, die durch das Bundespresseamt organisiert und finanziell getragen wurde, zählten eine Führung durch die Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße, der Besuch des Bundesinnenministeriums – und natürlich des Bundestages, wo ich mit meinen Gästen über die schwierige Regierungsbildung und weitere politische Themen diskutiert habe.

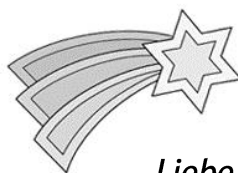


Fotos: Laurence Chaperon; Bundespresseamt; Archiv; Michael Dominik

Herzlichst

Ihr

Alexander Hoffmann, MdB



***Liebe Leserinnen und Leser,
ich wünsche Ihnen ein friedliches
und besinnliches Weihnachtsfest
sowie viel Gesundheit und
Gottes Segen für das neue Jahr 2018.***